

Mitgliederversammlung am 23.09.2011
Referat des Kreisvorstandes zur Auswertung der WAHLEN 2011

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde,

Wahlen sind im gesellschaftlichen Leben Höhepunkte, Gradmesser für die Akzeptanz von Parteien und Fraktionen und unserer Kandidat/innen

Sie sind Höhepunkte, weil sich alle an der Wahlen beteiligten Kräfte anstrengen, ihre besondere gesellschaftspolitische Notwendigkeit nachzuweisen – sei es in Form von Bilanzen oder Arbeitsprogrammen und damit auch auf herausgehobene Weise um das Votum der Wählerinnen und Wähler werben.

So ist es selbstverständlich, dass wir bei diesen Wahlen – die ja Landtags-, Kommunal und Landratswahlen in sich einschlossen – an alle Wählerinnen und Wähler mit unserem Wahlauf Ruf appellierten:

„...Nutzen wir unser demokratisches Recht, gehen wir zur Wahl.
...Entscheiden wir uns für jene, denen wir auf Grund ihrer Leistungen und Wahlziele vertrauen. Begleiten wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten auch während der Wahlperiode kritisch....“

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, das eher schlechte Kommunalwahlergebnis im Jahr 2009 – das mit 6 Prozentpunkten deutlich unter dem am gleichen Tag errungenen Europawahlergebnis von 24,3 % lag – war für uns Ansporn, unsere politischen Zielstellungen als Kreisverband, als Bürgerschaftsfraktion zu überdenken und langfristig auch mit diesem Wahlkampf neu auszurichten. Wir wollten den Wählerinnen zeigen: wir können und wir wollen in unser aller Interesse ein anderes politisches Herangehen.

Wir liebe Genossinnen, liebe Genossen, das sind im Wahljahr 2011:

- etwa 180 Mitglieder unserer Partei, mindestens zehnmals so viele Sympathisanten,
- eine putzmuntere Gruppe der „linksjugend solid“,
- ein gewählter Kreisvorstand mit einem großen Team für die ehrenamtliche Geschäftsführung.
-

Wir das sind

- unsere Bürgerschaftsfraktion mit den gewählten Abgeordneten und

- mit nicht nur dem Namen nach sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern,
- eine Landtagsabgeordnete mit ihren drei Wahlkreismitarbeiterinnen Ingrid, Doris und Wolfgang
 - zwei Kandidatinnen für den Landtag,
 - neun Kandidatinnen und Kandidaten der Hansestadt, die sich in den beiden Wahlbereichen 5 und 6 zur Wahl für den neuen Großkreis stellten und
 - unsere Rügauer Landrätin Kerstin Kassner, die sich zur Wahl für dieses Amt in dem neuen Großkreis zur Wahl stellte.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde,

wir haben als Team ein beachtliches Ergebnis erzielt. Bei der Landtagswahl im **Wahlkreis 26**, der - wie wir alle wissen, stark CDU-dominiert ist – konnten wir mit unserer Kandidatin Maria Quintana Schmidt unser langjähriges Erststimmenergebnis halten. Es ist Maria gelungen, das Zweitstimmenergebnis im Vergleich zur vorhergehenden Wahl um 0,6 Prozentpunkte zu verbessern. Darüber haben wir uns alle sehr gefreut, denn gerade die Zweitstimmen beeinflussen in entscheidendem Maße das Gesamtergebnis. Maria, herzlichen Glückwunsch.

Im **Wahlkreis 25** – dem gemeinsamen Wahlkreis Stralsund – Nordvorpommern - ist es uns gelungen, an den Erfolg von Henning Hagen aus dem Jahr 2006 anzuknüpfen. Henning war es damals als erstem unserer Kandidaten gelungen, ein über dem Landesdurchschnitt liegendes Wahlergebnis sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen zu erzielen. Immerhin lagen die Ergebnisse in den WK 25 und 26 im Jahr 1998 – dem Superwahljahr der PDS - 2,0 bzw. 2,6 % unter dem Landesdurchschnitt. Diesen Trend hatte Henning gebrochen und wir freuen uns, dass wir in diesem Jahr mit 21,6 Prozent den Landesdurchschnitt bei den Erststimmen um 3 Prozent übertroffen haben. Das ist der siebte Platz unter den 36 Kandidaten. Mit 19,5 Prozent liegen wir ebenfalls über dem Durchschnitt der Zweitstimmen im Land.

Wie schon bei der letzten Wahl zeigen auch die diesjährigen Landtagswahlergebnisse, dass die Akzeptanz **einzelner Genossinnen und Genossen** in der Praxis, also bei den Wählerinnen und Wählern, eine gänzlich andere ist als unter den Funktionären und Gremien, welche die Listen erstellen.

Die Ergebnisse der Landtagswahl verdeutlichen, dass sich die Landespartei mit der letzten Listenaufstellung im April tatsächlich mehrere Probleme geschaffen hat:

Zum einen werden Genossinnen und Genossen, die in der Partei aktiv und in der Wählerschaft überdurchschnittlich angesehen sind, in der neuen Landtagsfraktion wieder nur unzureichend vertreten sein.

Das betrifft zum Beispiel Ida Schillen. Mit 30,3 % der Erst- und 26,8 % der Zweitstimmen hat sie alle diesjährigen Rekorde gebrochen und ein Superergebnis erreicht. Wir wollen auch von Stralsund aus Ida recht herzlich für ihren engagierten, originellen und äußerst erfolgreichen Wahlkampf danken und sie zu diesem Ergebnis beglückwünschen.

Das betrifft aber auch Genossin Irina Rimkus, Gerd Walther oder Frank Kracht, die auf dem Parteitag hin und her und schließlich ans Ende der Liste oder ganz runter

geschoben wurden. In unserer einstigen Hochburg Neubrandenburg passierte das in diesem Jahr ebenfalls und **wiederholt**. Hier zeigt sich, dass das nunmehr auch auf die Motivation der Linken-Wähler zurückschlägt: Von 34,2 % und einem Direktmandat durch Catarina Muth im Jahre 1998 sind inzwischen 21,8 % als Erststimmen geblieben.

Es zeigt sich aber ein weiteres Problem:

Nur zwei unserer 14 Abgeordneten der neuen Landtagsfraktion vertreten den Osten des Landes - also Vorpommern: Jeannine Rösler – sie hatte allerdings keinen Wahlkreis und Mignon Schwenke aus Greifswald. Mignon kandidierte auf der Liste und erreichte 15 % der Erst- und 17,3 % der Zweitstimmen. Damit ist die ehemalige Stellvertretende Landesvorsitzende der Partei, die in Greifswald seit Jahrzehnten beheimatet ist, fast Letztplatzierte unter den 36 Wahlkreisbewerbern. Als Parteiorganisation im Kanzlerinnenwahlkreis wissen wir sehr wohl um die Schwierigkeit, sich gegenüber einem/einer prominenten Mitbewerber/in zu behaupten.

Für die Fraktion wird es künftig schwer werden, eine ausgewogene, allseits akzeptierte und auf soziale Chancengleichheit ausgerichtete Politik zu machen. Wie will ein Abgeordneter das Lebensgefühl, die Lebenswirklichkeit von Menschen aufnehmen und gestalten, wenn er dort nicht lebt, nicht gekannt bzw. nicht anerkannt wird?

Vorpommern ist die Krisenregion in Deutschland – bezogen auf die Höhe der Einnahmen, die Arbeitslosigkeit und Armut. erinnert Euch an die Statistiken, die heute am 23.09. in allen Zeitungen zu lesen sind. Kinderarmut, Schulabbrecher, Perspektivlosigkeit, Krankheitshäufigkeit, Demokratieverdrossenheit bündeln sich hier wie in einem Brennglas. Eine Wahlbeteiligung im Land, rückläufig in erschreckendem Ausmaß, hat auch etwas damit zu tun, dass Menschen sich nicht mehr Ernst, nicht mehr angenommen fühlen. Von 79,4 % im Jahr 1998, auf 70,6 % im Jahr 2002, 59,1 % im Jahr 2006 ist im Jahr 2011 die Wahlbeteiligung auf 51,5 % gesunken.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

fast 50 % unserer Wählerinnen und Wähler verweigern sich inzwischen dem demokratischen Prozedere der Wahl. Ich hatte 2006 als Ministerin vor dem Ende unserer Amtszeit die Gelegenheit, ein Interview zu geben. Das titelte ich: „Hartz IV ist der Tod für die Demokratie“ und erntete Stürme der Entrüstung. Ist diese Aussage so falsch- angesichts dieser Wahlbeteiligung und des Wiedereinzugs der NPD in den Landtag?

Sind beide Phänomene nicht miteinander verknüpft und sollten für unsere Partei eine Herausforderung sein, eine derartige Abgeordnetenverteilung nicht noch einmal zuzulassen? Schulen, Kitas, Poststellen, Einkaufszentren, Bürgermeistereien, Parlamente, Fraktionen sind wesentliche Teile Demokratie. Parlamente müssen die gesamte Einwohnerschaft des Landes repräsentieren und können nicht ganze Landstriche außen vor lassen, noch dazu jene, wo einst unsere besten Wahlergebnisse – wie auf Rügen, im Ückerrandow-Kreis oder in Neubrandenburg erzielt wurden. Der westliche Teil des Landes hat zwar angesichts der Politikerpräsenz während des diesjährigen Wahlkampfes an Prozentpunkten zugelegt, aber eben nicht überdurchschnittlich und nicht in dem Maße, wie der

Osten verloren hat. Die Vertretung von Menschen kann nicht allein über Arbeitsbesuche oder Büros wahrgenommen werden. Eine e-mail überträgt kein Lebensgefühl.

Dort, wo sich die Demokratie in Gestalt ihrer Institutionen aber aus der Fläche zurückzieht, entstehen Leerstellen und diese füllen dann oftmals undemokratische Kräfte, wie wir es mit dem Wiedereinzug der NPD in den Landtag erlebt haben.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

programmatisch haben wir deshalb im Kreisverband im Zusammenhang mit den Wahlen seit über einem Jahr besonders die Lösung sozialer Fragen und die Schaffung demokratischer Strukturen thematisiert, unser Wahlprogramm langfristig, in großer Breite diskutiert und diese Diskussion mit vielen Veranstaltungen untersetzt und so auch über die Medien in die Öffentlichkeit getragen.

Am Beispiel der kinder- und jugendpolitischen Arbeit will ich das noch einmal darstellen

- Es begann mit einer Beratung des Jugendhilfeausschuss zur Jugend-schul-sozialarbeit im Frühjahr 2010.
- Darauf aufbauend organisierten unsere Mitglieder von „linksjugend Solid“ im Sommer 2010 mit Vertretern der Hansestadt, Vereinen und Verbänden, Abgeordneten des Bundestages, des Landtages und der Bürgerschaft – moderiert von der jW – eine Podiumsdiskussion: zum Thema Freizeit- und Jugendkultur.
- Diesen Dialog haben wir im Februar 2011 in fast gleicher Besetzung fortgesetzt. Ihr erinnert euch, das war die Zeit, als ganz Deutschland über die Umsetzung der Verfassungsgerichtsentscheidung zu den Hartz IV-Regel-sätzen diskutierte. Wir als Vertreter der Landtagsfraktion vor Ort – also Ingrid Hoffmann (NVP), Doris Lieger (Rügen), Wolfgang Meyer (HST) und ich – luden zu einer Gesprächsrunde mit Vereinen, Verbänden und den Vertretern der zuständigen Ämter ein, um zu beraten: Was kann und muss im Interesse der chancengleichen Entwicklung von Kindern aus Hartz IV Familien getan werden? **„Das Verfassungsgericht spricht und wer hört eigentlich zu?“** so der Titel der Beratung. Einig waren wir uns alle: Kinder dürfen nicht ausgegrenzt werden. Chancengleichheit setzt eine gute Schule, motivierte Lehrerinnen und Lehrer und anregungsreiche Freizeiteinrichtungen für alle Kinder der Gesellschaft voraus. Unser parteiübergreifendes Pladoyer lautete: Die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schulen sind zu stärken. Hier sollten Staat und Kommunen sich wesentlich stärker finanziell engagieren.

Als LINKE haben wir uns mit diesen Gesprächsrunden, in denen wir Festlegungen für die Arbeit in der Bürgerschaft, dem Landtag aber auch in den Vereinen und Verbänden getroffen haben, einen guten Namen gemacht.

Viele Anregungen aus diesen Beratungen haben wir dann im Symposium der BAG Gesundheit und Soziales der Linkspartei zum Thema **„Kindsein in Vorpommern“** aufgegriffen, wissenschaftlich durch Prof. Klundt und Prof. Prüß untersetzt.

Ich erwähne die Arbeit zu diesem Thema, weil hier deutlich wird, was uns als Partei vor Ort Akzeptanz verschafft – und bezogen auf unser Kommunalwahlergebnis auch deutlich größere Anerkennung gebracht hat:

- Langfristigkeit;
- ein klares Konzept sowie
- das Schmieden breiter Bündnisse.

Sehr viele gesellschaftliche Kräfte wurden durch uns angesprochen und waren engagiert dabei, sich einzubringen: Vereine, Verbände wie die Diakonie, der Kinderschutzbund, das Sticer-Theater, die linksjugend solid, der Elternrat, die Stadt, das Schulamt, die Abgeordneten der eigenen Partei, aber auch der SPD.

Interessant ist natürlich, dass der Motor für diese Veranstaltungen mal die Basisgruppen, mal der Kreisvorstand, mal die Bürgerschaftsfraktion – hier sei das Engagement für die Stralsunder Tafel besonders erwähnt - mal die Landtagsfraktion war. Bei einer besonders erwähnenswerten Veranstaltungsreihe waren die Vertreter von linksjugend solid Motor und Diesel zugleich. Die Woche rock-gegen-rechts war ein grandioser Erfolg – bezüglich der Vielzahl der Themen, bezüglich der Beteiligung und bezüglich der Fähigkeit, ein breites Bündnis zu schaffen. Jens, Andreas, Marcus – euch und allen Akteuren ein herzliches Dankeschön

Ich bin sehr froh, dass wir auf diese Art und Weise den Wahlkampf konzeptionell sehr vielfältig angelegt hatten und auch gestalten haben:

- mit dem Kommunalwahlprogramm,
- mit Veranstaltungen, von denen ich einige nannte,
- mit einem sehr guten Zeitungsprojekt, das in der Zeit der Wahlvorbereitung geboren wurde – die „Sundwelle“, aber auch mit unserer neuen und immer aktuellen Internetseite.
- Mit einer sehr guten medialen Präsenz in der Ostseezeitung, im Fernsehen am Strelasund, in der Zeitung am Strelasund (ZAS). In der ZAS begann es mit der klug eingestreuten, winzig kleinen, aber stets ins Auge fallenden roten Anzeige: „DIE LINKE in HST immer aktuell: www.die-linke-stralsund.de.
- Unsere Veranstaltungen, die mediale Berichterstattung, die Wahlzeitung, die Personen- und den Landkreisflyer dienten neben der Sonderausgabe der „Sundwelle“ der inhaltlichen Präsentation unserer Wahlziele und unserer Kandidaten. Damit waren wir im Gespräch – und mit unseren Plakaten namentlich von Maria, Kerstin und Marianne im Blick.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

- Wir haben ein beachtliches, ein hervorragendes Kommunalwahlergebnis in Stralsund erreicht.
- Ich gratuliere allen,
 - o die mitgekämpft haben,
 - o sei es bei der Gestaltung der Flyer und Plakate,
 - o beim Aufkleben, Aufhängen oder Abnehmen der Plakate;
 - o sei es beim Falten und Zusammenlegen der Materialien oder
 - o beim Verteilen,
 - sei es an den Infoständen oder
 - beim Laufen über die endlos langen Straßen der Dörfer des Wahlkreises,

- sei es bei der Gästebetreuung von bzw. in der Diskussion mit Klaus Ernst, Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Helmut Holter oder Sarah Wagenknecht.
- Oder sei es bei der lebensnotwendigen und ständigen Präsenz in der Geschäftsstelle unserer Partei.
- So wichtig wie ein gutes Wahlergebnis ist eine ordentliche finanzielle Bilanz bei Wahlen. Dazu braucht es Spendengelder, die haben unsere Genossinnen und Genossen ebenso wie unsere Sympathisanten erbracht. Es braucht aber auch jemanden, der dann mit dem Geld sorgsam und erfolgreich umgeht. Danke Hubert.
- Seit Ende Juli hat der Kreisvorstand wöchentlich getagt und jeden einzelnen Schritt – beginnend bei der vorzeitigen Plakatierung am 24.07. (eine hervorragende Idee und Initiative von Bernd) bis hin zu jedem ergänzenden Flyer und Plakat, das bestellt wurde, ist kollektiv entschieden worden. Die letzte Entscheidung hierzu war die materielle und finanzielle Unterstützung für die Stichwahl von Kerstin Kassner, um Plakate und Flyer zu erstellen bzw. zu verteilen. Es ist schade, dass Kerstin leider nicht ebenso wie Herr Drescher in allen drei Wahlkreisen so aktiv wie auf Rügen war und unsere Veranstaltungen in Stralsund kaum für den Wahlkampf genutzt hat. Wir hätten sehr gern gesehen, dass Kerstin den Endspurt gewinnt.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der Wahlkampf 2011 – das war ein großes Miteinander, ein großer Einsatz vieler Genossinnen und Genossen. Wir konnten uns aufeinander verlassen, zeigten uns beweglich und einsatzbereit, wenn umdisponiert werden musste und umgesteuert wurde. Alle behielten die Ruhe, die Nerven und vor allem die Motivation.

Dafür noch einmal ein großes Dankeschön.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, vier Plätze werden nun durch Sonja, Karsten, Wolfgang und mich im neuen Kreistag von uns Stralsunde/rinnen eingenommen. Das ist ein gutes, das ist unser gemeinsames Ergebnis.

Wir als Kreisorganisation geben unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern das Wahlprogramm mit auf den Weg, das wir am 21. Mai beschlossen haben und werden sie daran messen.

Lasst mich als Mitglied des Kreisvorstandes, als Kreisvorsitzende ein persönliches Wort in diesen Bericht einbringen und noch etwas zur Debatte um den 13. August sagen. Ihr kennt den Vorgang, Ihr kennt meine Stellungnahme, Ihr kennt die Pressemitteilung von Uwe Jungnickel und Karsten Neumann, die von Christiane Latendorf und Wolfgang Weiß mitgetragen werden „*Frau Linke ist nicht die Linke Stralsund*“. Ihr kennt auch die Stellungnahme des Kreisvorstandes Stralsund. Inzwischen will man mich als Kreisvorsitzende in schöner stalinistischer Tradition wegen Partei schädigenden Verhaltens aus der Partei ausschließen. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, in den beiden Wahlbereichen der Hansestadt Stralsund haben wir gemeinsam ein überwältigendes Wahlergebnis erreicht. Über 6.000 Stimmen für eine Kandidatin der Linkspartei, das sind angesichts der Medienkampagne keine Zufallstreffer.

Nicht zuletzt wegen dieser Unterstützung sehe ich dem Ausschlussverfahren mit großer Gelassenheit und mit noch größerem Optimismus entgegen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen: wir leben in einem Rechtsstaat und wer einen Parteitag auf einen 13. August 2011 legt, weiß sehr wohl, dass er provozieren will. Wer dann noch eine Gedenkminute zu Ehren der Opfer an der Mauer anberaunt, ist nicht aus dieser Welt, wenn er glaubt, dass sich alle aus Parteidisziplin diesem beugen.

Inzwischen habe ich hunderte Mails zu diesem Vorgang, unter anderem wegen des Parteiausschlussverfahrens, erhalten.

Aus der letzten will ich zitieren:

„...Ich halte „ehrendes Gedenken“ nicht für eine adäquate Form der Auseinandersetzung mit dem Mauerbau, macht es doch eine differenzierte Auseinandersetzung unmöglich.

Vergessen wird, dass in den 60er Jahren selbst der SPD-Wirtschaftsprofessor Fritz Baade ausrechnet, dass die offene Grenze die DDR ein Jahres-Bruttosozialprodukt gekostet hat. Diese Woche berichtete eine Fernsehsendung zum Gesundheitswesen der DDR über die Zahl der geflohenen Ärzte.

Das Problem war nicht die Schließung der Grenze, sondern der weitergehende Demokratiemangel im Inneren der DDR und die fehlende Möglichkeit zur legalen Ausreise – das hing aber auch mit der fehlenden Anerkennung der Staatsbürgerschaft durch die BRD zusammen.

Da der Landesparteitag ausgerechnet am 13. August stattfand, sah man sich wohl zu diesem Akt genötigt. Aber: eine Formulierung wie sie ein Berliner Bischof gefunden hatte: „Wir gedenken der Opfer der Mauer und der Tausenden von Toten, die heute an den Grenzen Europas ums Leben kommen.“ – dafür wäre auch Marianne Linke sicher aufgestanden“,

so das Statement einer Geschichtslehrerin aus Niedersachsen, dem ich nichts hinzufügen mag. Damit möchte ich das Thema beenden.

Wir werden nun im neuen Kreistag mit vier Mitgliedern vertreten sein, auch wenn wir diese Kreisgebietsreform immer wieder abgelehnt haben, weil sich hier in dieser dünn besiedelten Region mit großen sozialen Problemen „kommunale Selbstverwaltung“ kaum wird verwirklichen lassen. Wir gewählte Vertreter sollen die Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner von Kap Arkona bis Ribnitz-Damgarten wahrnehmen, dabei Grimmen, Barth oder Binz, Prora auch nicht aus dem Blick verlieren, wir wollen dabei einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen und falls wir Rentner sind, nicht nur auf der Fernstraße rumkurven.

Also da wird die demokratische Mitwirkung nicht leichter. Aber wir werden uns nicht verweigern, sondern uns im Sinne unseres Wahlprogramms engagieren und hoffen auf eure Unterstützung.

Liebe Genossinnen und Genossen, Ihr wisst, seit 2006 gibt es das Bestreben des

Landesvorstandes, diese Verwaltungsstrukturen auch zu den bestimmenden Strukturen der Parteiorganisationen, sprich der Kreisorganisationen werden zu lassen.

Als Kreisverband Stralsund haben wir uns mehrfach mit dem Für und Wider der Fusion unserer drei Kreisverbände Rügen-Stralsund-Nordvorpommern zum gegenwärtigen Zeitpunkt befasst. Zur eigenen Standpunktbildung haben wir auch die Beratungen zwischen den Kreisvorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden unserer Kreise in den Jahren 2010 und 2011 genutzt. Am 01. August hatten wir langfristig vorbereitet eine Beratung mit Torsten Koplín, dem ehemaligen Kreisvorsitzenden des ersten fusionierten Großkreises Mecklenburgische Seenplatte und ehemaligem Fusionsbeauftragten des Landesvorstandes.

Wir wollen Euch gern unser Resümee – gewissermaßen unseren Arbeitsstandpunkt - aus diesen Beratungen übermitteln und zunächst die Vorteile aufzählen, die Torsten und seine Genossinnen und Genossen aus einer Fusion erhofften:

1. Mitgliedergewinnung durch eine interessantere, vielfältigere politische Arbeit;
2. daraus resultierend eine Stärkung der Finanzkraft des fusionierten Kreisverbandes und
3. eine höhere Akzeptanz der Partei in der Gesellschaft, ausgedrückt in verbesserte Wahlergebnissen.

Nach umfangreicher Diskussion mit Torsten haben wir gemeinsam festgestellt, dass die fusionierten Kreisverbände nicht die erhofften Mitgliederzuwächse und auch nicht die geplanten finanziellen Effekte erzielen konnten, stattdessen aber (siehe Neubrandenburg – einst die Hochburg der Linkspartei neben Rostock) einen deutlichen Rückgang der Wahlergebnisse verzeichneten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
eine Fusion sollte gut überlegt, ihre Vor- und Nachteile abgewogen werden. Eine Fusion sollte sich als ein demokratischer Prozess **von der Basis her entwickeln** und die **Rechte der Mitglieder stärken**, keinesfalls jedoch beeinträchtigen, etwa über die Einschränkung von Gesamtmitgliederversammlungen zugunsten von Vertreterversammlungen. Wir wollen eine **Mitgliederdemokratie und keine Vertreterdemokratie**. Diese Forderung will ich gerade auch angesichts der bereits genannten rückläufigen Wahlbeteiligung bekräftigen

Wir als Kreisvorstand Stralsund plädieren deshalb mit Bildung der neuen Kreistagsfraktion für eine enge Kooperation, vielleicht eine Kooperationsvereinbarung der drei Kreisverbände, denn wir haben in den vergangenen Jahren im Stralsunder Kreisverband - wie auch andere erfolgreiche Organisationen im Land - sehr gute Erfahrungen mit dezentraler Projektarbeit und Stärkung der ehrenamtlichen Breitenarbeit gesammelt.

Wir wollen auch in Zukunft die vielfältigen politischen Initiativen weiterentwickeln, für die wir als Kreisvorstand zwar den politischen und finanziellen Rahmen setzen, die ansonsten aber inhaltlich und organisatorisch relativ eigenständig laufen – einige nannte ich ja bereits im Rahmen der Wahlauswertung.

In diesem Sinne setzen wir zur Zeit **nicht** auf eine Fusion sondern auf eine **enge**

kooperative Zusammenarbeit unserer Kreisverbände, in der jeder seine guten Erfahrungen einbringen sollte. Wir sehen in Stralsund z.B. die Öffentlichkeitsarbeit (die Pressearbeit, das Projekt Sundwelle, den Internetauftritt ww.die-linke-stralsund.de), die kulturpolitischen Sommer- und Kinderfeste, die Veranstaltungen im Rahmen von Rock-gegen-Rechts und die damit im Zusammenhang stehende Mitgliedergewinnung. Wir haben im Monat August 2011 erneut neue Mitglieder (4) aufgenommen. Wir lernen andererseits künftig gern von den Rügäner Erfahrungen aus der Arbeit des Friedensbündnisses und würden uns hier gern einbringen.

Das ist unsere Auffassung, die wir uns als Kreisvorstand und in den BO-Vorsitzendenrunden gebildet haben. Die Genossen von Rügen und NVP plädieren bereits jetzt für eine Fusion, was wir eben aus genannten Gründen gegenwärtig nicht befürworten, denn wir erleben, dass Genossinnen und Genossen, der BOs und Gruppen ihr politisches Leben selbst gestalten und dabei auch selbst entscheiden wollen, was wo passiert.

Zentralisierte Strukturen lassen die Mitbestimmung des Einzelnen, ihrer BOs – da kann ein Kreisvorsitzender oder eine Kreisvorsitzende noch so nett und hilfsbereit und engagiert sein – in den Hintergrund treten. Je größer die räumliche Entfernung der Funktionäre vom Leben des Einzelnen, desto größer die Gefahr, dass die Interessen der Einzelnen aus dem Blick geraten. Das Beispiel Mecklenburgische Seenplatte, worüber Torsten berichtete, kann Gerd Walther, den wir als sehr engagierten Kreisvorsitzenden des Kreises PUR kennen und sehr schätzen auf eben diese Weise wiederholen.

Es kann – wie zum Beispiel von den Rügäner Genossen immer wieder betont wird – nicht allein darum gehen, zu fusionieren, um auf diese Weise das Gehalt des hauptamtlichen Kreisgeschäftsführers zu sichern. Wir haben mit dezentralen Arbeitsgruppen und ehrenamtlicher Arbeit sehr gute Erfahrungen. Diese Arbeitsweise ist auch der Grund, weshalb wir als Kreisverband die Jugendarbeit – also die Investition in unsere Zukunft als Partei - sehr solide mit ca. 2.500 Euro jährlich ausfinanzieren.

Wir schlagen den Kreisverbänden NVP und Rügen vor, in einer gemeinsamen Sitzung der Kreisvorstände einen Kooperationsvertrag zu erarbeiten, diesen in unseren Mitgliederversammlungen (vielleicht in einer gemeinsamen aller drei Kreisverbände) diskutieren und beschließen zu lassen.

Ja, liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Soweit der Bericht des Kreisvorstandes. Jetzt habt Ihr das Wort!